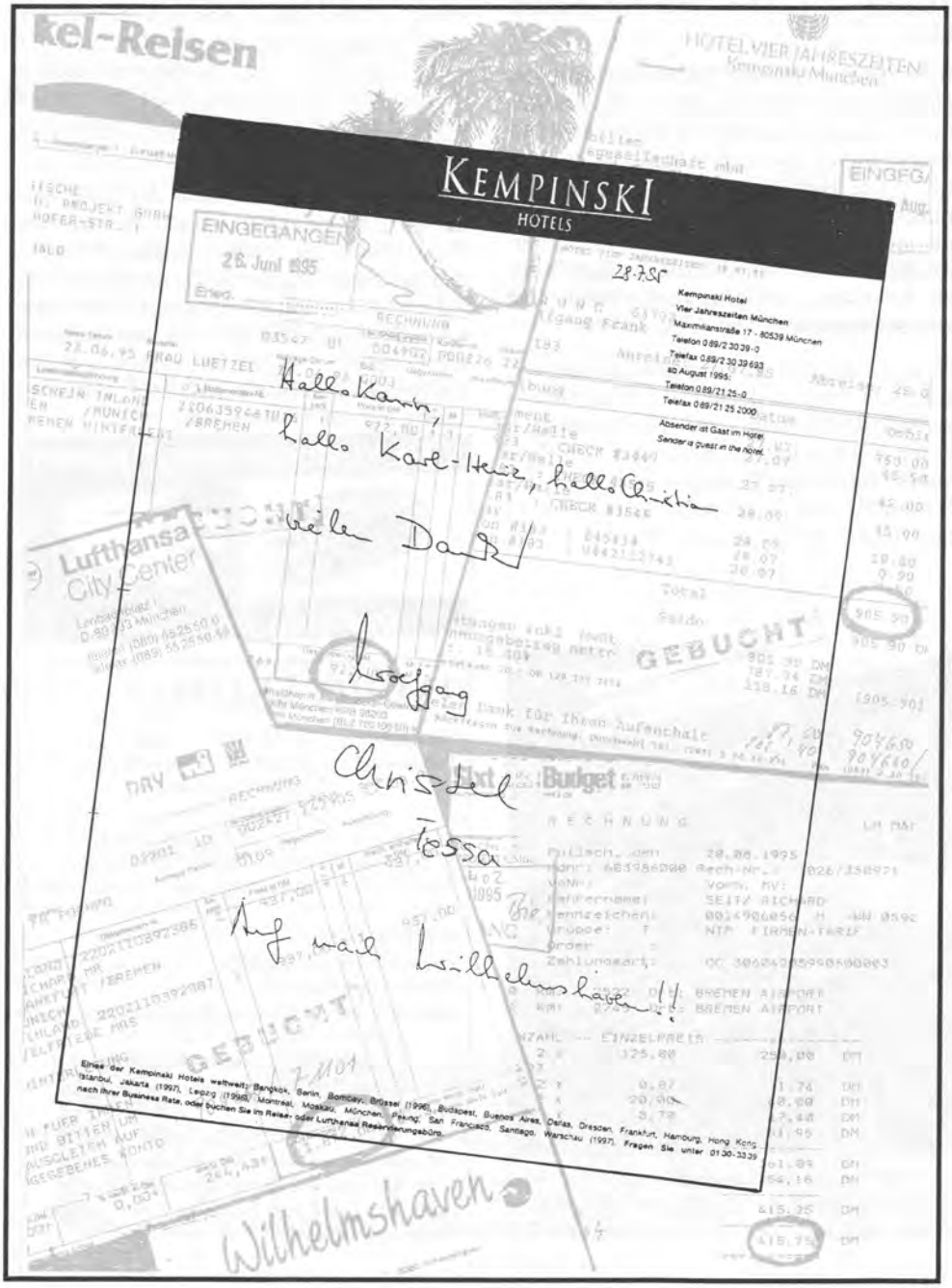
Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 131 | Wilhelmshaven | Dezember 1995

ADIOS AMIGOS !

SECHS WOCHEN NACH DEM GEPLATZTEN TRÖGELER-DEAL WARTET DIE BEVÖLKERUNG WEITER AUF AUFKLÄRUNG - SEITE 3 -



INHALT

Für die Schlagzeilen des Jahres sorgte Herr Trögeler aus München mit seinem Ansinnen, die Jade-Wohnungsbau-Gesellschaft zu kaufen. Nur am Rande beleuchtet wurden die Rollen unserer Stadtoberen in diesem Stück. Der Gegenwind forschte nach und fand die "Schlitzohren unter sich" - Seite 3 -

Ist OB Menzel Opfer eines Komplotts, oder hat er tatsächlich Kontakt zu rechtsradikalen Immobilienhändlern? Haben die Journalisten der Süddeutschen Zeitung sich Lügen ausgedacht, oder sind sie Lügen aufgesessen? Oder lügt Menzel? - Seite 6 -

In Sande soll eine Klärschlammverbrennungsanlage gebaut werden, die Bevölkerung wehrt sich vehement dagegen, der Gemeinderat steht im Funkenregen. - Seite 10 -

Wilhelmshaven hat einen Ratsbeschluß gegen atombetriebene Schiffe, doch die Stadt begrüßte das Atom-U-Boot "USS Jacksonville" begeistert. - Atomare Bedrohung - Seite 13 -

Daß Angehörige ihre alten Verwandten ins Pflegeheim abschieben, damit rechnet man wohl. Daß alte Verwandte, die von Angehörigen liebevoll betreut und versorgt werden, ohne deren Wissen ins Pflegeheim gebracht werden, passiert eher selten, kommt aber auch bisweilen vor. - Seite 14 -

Kräftig geleimt habe BETA-Chef Johan Anton van Weelden den Gegenwind, heißt es im Jeverschen Wochenblatt. Man kann´s auch anders sehen: Er macht Reklame für den Gegenwind. - Seite 16 -

Nachrichten

GIFTMÜLL

liegt in einer mehrere Dezimeter dicken Schicht auf dem Grund des Arsenalhafens. Er soll u.a. aus Farbresten und Strahlgut bestehen. Sie stammen offensichtlich von Maler- und Entrostungsarbeiten. Jetzt steht der Schiet so hoch, daß gebaggert werden muß. Doch das Baggergut muß dann als Giftmüll entsorgt werden, und das wird bei einer Menge ca. 35.000 m³ nicht billig werden.

Deshalb hat sich die Marine etwas einfallen lassen: Durch *'Aufnahme der Sedimente mittels spezieller Fördertechnik'* will sie die Giftstoffe getrennt von dem übrigen Baggergut aufnehmen. Damit hofft sie, den entsorgungspflichtigen Giftmüll auf 15.000 m³ reduzieren zu können. Die anderen 20.000 will sie dann im Jadebusen bzw. im Nationalpark Wattenmeer verklappen. (jm)

VERPFLICHTENDER GRUNDSATZ

Um die Umweltprobleme der Erde in den Griff zu bekommen, muß ganz unten angefangen werden. Wenn z.B. ein Kraftwerk gebaut wird, muß es so gebaut sein, daß keine weitreichenden Schädigungen von ihm ausgehen können. Denn, das ist klar: Nur vor Ort kann die Entstehung von Umweltgiften unterbunden werden. Leitsatz aller Umweltorganisationen ist darum logischerweise: „Global denken und lokal handeln". OB Menzel bekam diesen Leitspruch etwas durcheinander und sagte laut WZ v. 28.10.95 auf den von der Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft (NWDUG) durchgeführten Wilhelmshavener Tagen, daß für Wilhelmshaven der verpflichtende Grundsatz „Global handeln und lokal denken" gelte. Ob ihm klar war, daß er damit Wilhelmshavens Streichelpolitik für die lokalen Unternehmen zum Gesetz erhob? (hk)

FREE ELKE!

Als der Film " Free Willy" in die Kinos kam, gab es internationale Proteste für die Freilassung des Schwertwales Keiko, der im Film Willy hieß. Delfinarien und Seewasseraquarien passen nicht mehr in unsere Zeit. Das Einsperren von Meeressäugern, die in freier Natur am Tag mehrere hundert Kilometer unter Wasser zurücklegen, in viel zu kleinen Becken ist nicht mehr hinzunehmen.

In Wilhelmshaven gibt es auch zwei "Willys". Sie heißen Elke und Peter, sind Seehunde und leben seit 1979 im Seewasseraquarium am Südstrand.

Sie kamen von der Seehundaufzuchtstation Norddeich und leben seitdem in Gefangenschaft in Wilhelmshaven.

Seehunde können bis zu achtzig Stundenkilometer schnell schwimmen und hundert Meter tief tauchen und dabei bis zu vierzig Minuten unter Wasser bleiben. Auf Sandbänken halten Seehunde einen respektvollen Abstand voneinander - etwa zwei bis drei Meter.

Im Wilhelmshavener Seewasseraquarium haben Elke und Peter nur ein ca. 30 Quadratmeter kleines Becken mit ungefähr 15m³ Wasserinhalt. Die tiefste Stelle ist ca. vier Meter tief. Hier kann von artgerechter Haltung keine Rede sein. Die Nordseebewohner, die normalerweise zwischen der niederländischen und dänischen Küste von Sandbank zu Sandbank wandern, sind eingepfercht wie Schwerverbrecher in Einzelhaft.

Es ist an der Zeit, an die Auswilderung von Elke und Peter zu denken! 15 Jahre Gefangenschaft sind genug. Die Seehunde gehören in die Nordsee und nicht hinter dickes Glas vor die Augen von Wochenend-Gaffern. Ein Seehundbecken kann keine Attraktion in einer modernen Stadt sein! (ft)

ARMUT

ist auch in Wilhelmshaven ein Problem, vom dem hauptsächlich Frauen betroffen sind. Dies verdeutlichte Gisela Gutschmidt vom städtischen Sozialamt auf einer Veranstaltung der Evangelischen Familienbildungsstätte. Allein die Zahlen, die Gisela Gutschmidt in ihrem Referat zum Thema „Sozialhilfe - ein Frauenproblem" vorlegte, sprechen für sich. „Derzeit werden an 2448 Haushalte Sozialhilfe ausgezahlt. In 1780 Fällen davon ist der Haushaltsvorstand weiblich." Besonders betroffen sind Frauen, die aufgrund von Trennung oder Scheidung ein Kind allein erziehen, oftmals ohne ausreichende Unterhaltszahlungen des Expartners. Auch älteren alleinstehend lebenden Frauen mit unzureichendem Versorgungsanspruch bleibt nur der Gang zum Sozialamt. Die sogenannten 580.-DM-Jobs sind, so Gutschmidt, überdurchschnittlich hoch mit Fauen besetzt. Die langfristige, oft dauernde Abhängigkeit von der Sozialhilfe ist besonders bei alleinerziehenden Frauen häufig vorprogrammiert. Bedingt durch den nicht selten erzwungenen Abbruch beruflicher Qualifikation bilden sie das Reservoir für Billiglohnarbeit. Weil damit eine ausreichende Altersversorgung nicht zu erzielen ist, sind diese Frauen bis an ihr Lebensende auf Sozialhilfe angewiesen.

Die desolate Finanzsituation der Stadt Wilhelmshaven bekommen auch die ärmsten BürgerInnen der Stadt zu spüren. Die einmaligen Beihilfen durch das Sozialamt sind auf ein Minimum zurückgeschraubt. Gutschmidt: „Wilhelshaven zahlt am wenigsten Kleidergeld", und bei Fallzahlen von 300 pro Sozialamtsmitarbeiter bleibt „Beratung häufig auf der Strecke."(ub)

Rambla mit Wasserspielen. Die Planungen sehen im wesentlichen bekannte Elemente vor: eine befestigte baumbestandene Vielzweckfläche in der Mitte der Bahnhofstraße mit fünf elektronisch gesteuerten Wasserspielen. Unser Foto zeigt den Vater aller modernen Brunnen Wilhelmshavens: der Höger-Brunnen am City-Haus - heute ein Blumenbeet. *Foto: Tunnat*

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND,Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck
Erscheinungsweise: mind. 8mal/Jahr
Auflage: 5.650 Ex
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063
Erscheinungstag dieser Ausgabe:18. Oktober 1995
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: Anfang 1996

****

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

SCHLITZOHREN UNTER SICH

DIE AFFÄRE 'JADE WOHNUNGSBAU' HARRT NOCH IMMER DER ÖFFENTLICHEN AUFKLÄRUNG

(jm) Die Aufarbeitung der Vorgänge um die *Jade Wohnungsbau* findet - wenn überhaupt - unter Ausschluß einer breiteren Öffentlichkeit statt. Was an Informationen gestreut wird, sind Bruchstücke, aus denen sich nur ein lückenhaftes Bild über den Gesamtkomplex zusammensetzen läßt. Doch gerade *wegen* der fehlenden Informationen über die internen Abläufe in der '*Stadtregierung*' muß ein Rekonstruktionsversuch gewagt werden.

Eine grobe - zwar subjektiv eingefärbte aber übersichtliche - Darstellung hat einer der beiden Hauptakteure der Vorgänge - der Immobilienhändler Karl-Heinz Trögeler - in seinem Brief an die Stadt vom 15.10.95 geliefert. Untermauert hat er seine Sicht der Dinge zudem mit zahlreichen Vermerken und Belegen. An Hand dessen lassen sich Beweggründe und die verfolgten Ziele, die ihn und den Stadtdirektor Wolfgang Frank zu einem zehnwöchigen Päneschmieden vereint hat, am leichtesten durchschauen...

Ausgangslage am 30.06.95

Karl-Heinz Trögeler ist Bevollmächtiger von sieben Grundstücksgesellschaften mit zwölf Grundstücken in Ostberlin mit einem Gesamtbodenwert von 86,4 Mio. DM. Er muß schnellstens Geld flüssig machen, um noch vor dem 01.11.95 mit der Bebauung von sieben der besagten Grundstücke beginnen zu können, die zudem noch bis zum 31.12.96 schlüsselfertig erstellt sein müssen. Nur unter diesen Voraussetzungen werden ihm bereits dafür zugesagte öffentliche Fördermittel ausgezahlt und zusätzliche Steuervorteile gewährt. Er muß also einige seiner Grundstücke zwecks Anschub der Baumaßnahmen schleunigst verkaufen, wenn er nicht nicht sofort auf eine Goldader stößt...

Die Stadt Wilhelmshaven versinkt immer tiefer im Schuldenloch. An eine Haushaltskonsolidierung ohne den Verkauf von städtischem Sondervermögen mag niemand mehr glauben. Trotzdem verfolgt man weiterhin das so ehrgeizige wie kostspielige Ziel EXPO 2000. Doch damit haben sich die Macher unter Zeitdruck gesetzt: Sie brauchen dringend den Nachweis, daß sie in der Lage sind, Geld für einen erheblichen Eigenbeitrag zur Gestaltung und Durchführung der EXPO 2000 flüssig zu machen...

Des Pudels Kern

Die Suche nach Barem führt Trögeler und die Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch den Stadtdirektor und -kämmerer Wolfgang Frank) zusammen und läßt sie gemeinsame Pläne schmieden.

Trögeler wittert in der Person von Frank den geeigneten Drahtzieher, der in der Lage ist, Mittel und Wege zu finden, durch Beleihung des Wilhelmshavener Sondervermögens schnellstens Cash für seine Berliner Bauprojekte loszueisen.

Und Frank spielt mit! Als Gegenleistung für einen 86 Mio. Mark-Kredit läßt er sich im Kerngehalt

- die Ansiedlung der Trögelerschen Firmen in Wilhelmshaven, die einen jährlichen Betrag von 10 Mio. DM Gewerbesteuern erbringen sollen und

- die Gewinnbeteiligung der Stadt an Trögelers Berliner Immobiliengeschäften zusichern.

Grundzüge eines Konzeptes

Der Deal kann aber so nicht durchgezogen werden, weil Franks Handlungspielraum durch Gesetze, wie beispielsweise die *Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO)* eingeschränkt ist. Darin ist festgehalten, welche Geschäfte eine Gemeinde wie tätigen darf und wer alles seine Zustimmung dazu geben muß.

Es folgen zehn Wochen, in denen in mehreren Besprechungen unter zeitweiliger Fachbeteiligung von Wirtschaftsprüfern, einem Steuerprüfer, Rechtsanwälten und einem Notar ein Konzept entwickelt wird. Aus den Gesprächsvermerken Trögelers und dem Entwurf des *Ansiedlungsvertrages*[1] läßt folgende Grundsubstanz herausfiltern:

Fortsetzung nächste Seite

Sehr geehrten Herr Trögeler,

die Stadt Wilhelmshaven beabsichtigt, sämtliche in der Aufstellung vom 20.02.1995 näher bezeichneten Grundstücke Ihrer Gesellschaften in Berlin zu kaufen, vorab das Grundstück Möllendorffstraße 28.

Da die Entscheidung des Rates der Stadt Wilhelmshaven erst am 20.09.1995 wegen des zur Zeit anstehenden Urlaubes fallen kann, habe ich in Abstimmung mit Ihnen für die Zwischenfinanzierung bei der Raiffeisen-Volksbank Jever eG nachgesucht.

Der Kreditbetrag in Höhe von 10 Mio. DM wird Ihnen nach mir gegebener Auskunft in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt.

Die in der Zwischenzeit anfallenden Zinsen werden vereinbarungsgemäß aufgeteilt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Frank
Stadtdirektor

Franks Fax an Trögeler (Persönlich/vertraulich) vom 14.07.1995

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics
u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

1. Trögeler wird Gewerbesteuerzahler in Wilhelmshaven.

2. Die Stadt verkauft 75,1% der Jade an Trögeler und der wird dadurch zum Mehrheitsgesellschafter mit nahezu unumschränkter Entscheidungsgewalt.

3. Die Stadt bekommt nur 10 Mio. DM des Kaufpreises von insgesamt 55 Mio. DM ausgezahlt. Der Rest erfolgt in drei Jahresraten aus Trögelers Spekulationsgewinnen.

4. Trögeler 'verkauft' seine Berliner Grundstücksgesellschaften im Wert von 86 Mio. DM an dieJade und läßt sich diese Summe von der Stadt für seine Berlingeschäfte auszahlen.

5. Die Stadt muß diese Summe als Kredit aufnehmen und die Jade und evtl. noch weiteres Wilhelmshavener Sondervermögen damit belasten.

6. Trögeler ist jetzt flüssig und kann seinen Einsatz am Berliner Immobilienroulette verdoppeln. Die Stadt wird an den Gewinnen entsprechend ihrer verbliebenen Geschäftsanteile an der neuen Jade beteiligt.

7. Der Schwerpunkt der Jade-Aktivitäten bzw. der Verwendung von Gewinnen wird lt. Vetragsentwurf (§4) das Immobilienroulette: *„Nach Vermarktung dieser Grundstücke soll die Geschäftspolitik mit neuen Grundstücken z. Z. vorzugsweise in Berlin fortgesetzt werden."*

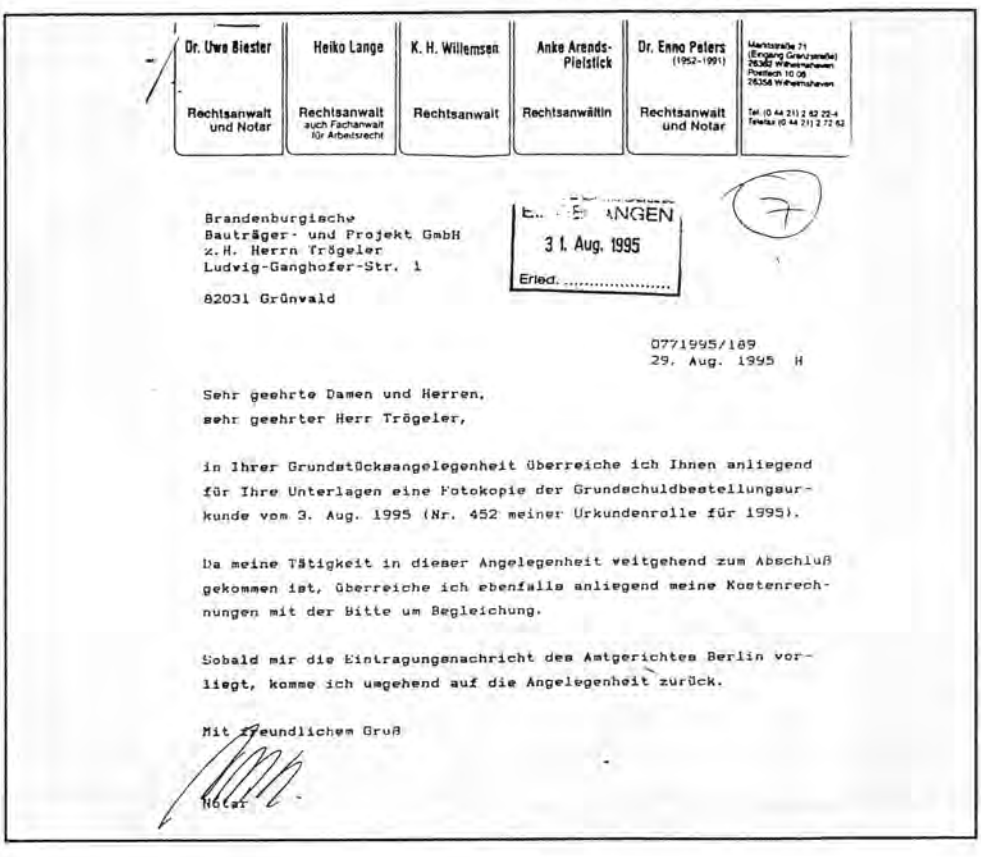
Das Scheitern

Für dieses Vorhaben müssen die städtischen Entscheidungsgremien (Rat und Verwaltung), die Banken (Mitgesellschafter der Jade) und nicht zuletzt die Bezirksregierung Weser-Ems (kommunale Finanzaufsicht) gewonnen werden. Weil die dafür erforderliche Zeitspanne eine schwer einschätzbare Größe ist, will Trögeler auf Nummer Sicher gehen und wenigstens eines seiner Berliner Grundstücke (Möllendorfstr. 28) verkaufen, damit er Geld für den rechtzeitigen Baubeginn hat.

Im folgenden einige Marksteine der weiteren Entwicklung, frei wiedergegeben nach Trögelers Aufzeichnungen:

Frank besteht aber auf den Ankauf sämtlicher Berliner Grundstücke durch die Stadt und bemerkt dazu, daß er selbst im Hinblick auf die Kürze der z.V. stehenden Zeit keine Probleme sähe, die er nicht imstande wäre zu lösen. Trögeler will deshalb auf den Verkauf unter der Bedingung verzichten, daß er eine schriftliche Zusage der Stadt über ihre Kaufabsichten und zudem einen 10 Mio. DM Kredit zur Zwischenfinanzierung der Baumaßnahmen erhält.

[1] lt. Trögelers Randnotiz ist dieser am 18.8.95 von Frank übergeben und anschließend in einer Runde mit sieben Teilnehmern besprochen worden



Dr. Uwe Biester — Rechtsanwalt und Notar
Heiko Lange — Rechtsanwalt auch Fachanwalt für Arbeitsrecht
K. H. Willemsen — Rechtsanwalt
Anke Arends-Pielstick — Rechtsanwältin
Dr. Enno Peters (1952–1991) — Rechtsanwalt und Notar

Brandenburgische
Bauträger- und Projekt GmbH
z.H. Herrn Trögeler
Ludwig-Ganghofer-Str. 1

82031 Grünwald

31. Aug. 1995

0771995/189
29. Aug. 1995 H

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Trögeler,

in Ihrer Grundstücksangelegenheit überreiche ich Ihnen anliegend für Ihre Unterlagen eine Fotokopie der Grundschuldbestellungsurkunde vom 3. Aug. 1995 (Nr. 452 meiner Urkundenrolle für 1995).

Da meine Tätigkeit in dieser Angelegenheit weitgehend zum Abschluß gekommen ist, überreiche ich ebenfalls anliegend meine Kostenrechnungen mit der Bitte um Begleichung.

Sobald mir die Eintragungsnachricht des Amtgerichtes Berlin vorliegt, komme ich umgehend auf die Angelegenheit zurück.

Mit freundlichem Gruß

Notar

ABENTEUER & FREIZEIT

Die entsprechenden Zusagen der Stadt werden am 14.07. ausgestellt und per FAX zu Trögelers Firmensitz in München geschickt. Das Pläneschmieden kann weitergehen...

Zwischenbemerkung:

Erstaunlich ist, wie selten andere städtische Entscheidungsträger und Mehrheitsbeschaffer in Trögelers Aufzeichnungen vorkommen. Der einzige, der ab und zu mal als Teilnehmer einer Besprechung aufgeführt wird, ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Udo Bergner. Der Oberstadtdirektor oder der Oberbürgermeister, der ja gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsausschusses ist, tauchen nur mal als Small-Talk-Partner auf. Von keinem Direktkontakt mit der kommunalen Aufsichtsbehörde (Bezirksregierung) wird berichtet.

Trögelers einzige Verbindung zu den Entscheidungsgremien scheint über Frank zu laufen. Sogar die Kontaktaufnahme mit dem Sparkassenleiter Grapentin (Stadtsparkasse und Bremer Landesbank sind Anteilseigner der Jade und sollen von der Stadt ausgekauft werden) gestaltet sich schwierig. Als dann endlich ein Treffen zustandekommt, will Grapentin nichts allein entscheiden. Der Kontakt endet in einem Fiasko.

Ein Besuch in Hannover beim Finanzminister Hinrich Swieters am 15.08. hilft auch nicht weiter. Dafür scheint Wolfgang Frank

den Sparkassenchef verantwortlich zu machen und fordert Trögeler auf, einen neuen Mann für den Posten zu suchen. Der neue Mann - ein Herr Seitz - wird dann am 19.08. eingeflogen. Doch nahezu gleichzeitig beginnt Frank sich von Trögeler zu lösen. Trögeler stellt fest, daß *'...Udo Bergner von Wolfgang Frank teils nur dürftig informiert wurde. Leider habe ich dies auch nicht in ausreichendem Maße getan.'* Für den 01.09. ist eine Fahrt des Verwaltungsausschusses nach Berlin geplant. Der Oberstadtdirektor kommt nicht mit: Er muß nach China! Er meint in einem Telefonat mit Trögeler am 28.08. ergänzend, daß *außerdem seine Anwesenheit nicht unbedingt nötig wäre.* Am 31.08. sagt Stadtdirektor Frank die Reise des Verwaltungsausschusses nach Berlin ohne jede Begründung ab. Auch der Oberstadtdirektor sagt ein für den 04.09. vereinbartes Gespräch kommentarlos ab. Rien ne va plus. ❑

Kommentar

VIELE FRAGEN HARREN EINER ANTWORT

Selbstverständlich muß es einem führenden Vertreter der Stadt erlaubt sein, aktiv zu werden, um Geschäfte mit potentiellen Investoren anzubahnen. Doch die Geschäftsanbahnung sollte von Beginn an seriös sein; d.h. der Vertreter der Stadt müßte sich schon bei der ersten Interessenabgleichung am gesetzlich zulässigen orientieren. Ob die signalisierte Bereitschaft Franks, die Jade Wohnungsbau für Berliner Grundstückspekulationen zu verpfänden, noch in den von der Niedersächsischen Gemeindeordnung gesetzten Rahmen paßt, ist zumindest anzuzweifeln. Vielleicht sich lohnt es sich, dies mal nachzuprüfen.

Nachprüfenswert wäre auch, ab wann die Anbahnungsgespräche den Charakter von Verhandlungen annahmen. Indizien dafür sind Gespräche, Absprachen und Prüfungen unter Hinzuziehung von Fachleuten. Spätestens ab dann stellt sich die Frage, wann Wolfgang Frank welche Entscheidungsträger darüber informiert hat. Auf kommunaler Ebene sind das der Oberstadtdirektor und der Oberbürgermeister. Diese haben dann zumindest zu prüfen, ob der Verhandlungsgegenstand mit den kommunalpolitischen Zielen der Stadt und dem Gemeinwohl seiner Bürger vereinbar ist. Falls nicht, hätten sie den Alleingang des Stadtdirektors stoppen müssen. Bei positivem Ergebnis hätte ein festumrissener Verhandlungsauftrag für Frank erarbeitet werden müssen, an dem man möglichst den Verwaltungsausschuß beteiligt hätte.

Zweifelhaftes Geschäftsgebaren

Es ist schwer vorstellbar, daß Frank bei klarer Kompetenzverteilung die Kaufabsicht von Trögelers Berliner Grundstücken und die baldige Überweisung eines 10 Mio DM-Kredits schriftlich bestätigt hätte. Nicht auszudenken ist, daß weitere wichtige Leute darüber informiert waren, daß dieses von Frank unterzeichnete Schriftstück formaljuristische Mängel aufweist: Auf dem Schriftstück fehlt das Amtssiegel der Stadt. Zudem hat Trögeler die Erklärung nur per FAX bekommen. FAXE sind aber Kopien, die bei Vorlage des Originals notariell beglaubigt werden müssen.

Trögeler ist ganz offensichtlich von der Stadt geleimt worden! Das ist zum einen zwar ein Glück für die Steuerbürger, denn es schmälert Trögelers Aussichten, sich mit seinen Schadensersatzforderungen durchzusetzen. Zum anderen muß man sich aber fragen, ob die Stadt bei dieser Zusammensetzung bzw. solcherart Zusammenwirken ihrer Führungsspitze von der Wirtschaft noch als seriöser Verhandlungspartner akzeptiert wird!? Von dem, was die Bürger davon halten sollen,mal ganz abgesehen!

Politik nach Gutsherrenart

Richtig unappetitlich wird es, wenn man lesen muß, wie der Stadtdirektor Trögeler darum bittet, sich nach einem neuen Sparkassendirektor umzusehen! - War das auch ein Alleingang von Wolfgang Frank? Wenn ja: Weshalb sitzt er noch immer in seinem Direktorensessel?

Und last not least: Wer hat bei dem Entwurf des Ansiedlungsvertrages mitgewirkt bzw. hat dem Text, in den nur noch die Zahlen fehlen, zugestimmt?

Immerhin läßt sich aus dem Vertragstext zwischen den ausgelegten Ködern (Gewerbesteuer, Riesenprofite) und Beruhigungspillen (Rückübertragungsrecht, Mieterhöhungen in Wilhelmshaven nur mit Zustimmung der städtischen Gesellschaftsvertreter) unschwer herauslesen, daß das Wilhelmshavener Sondervermögen - allen voran die Jade Wohnungsbau - mit Hypotheken (bis zu einer Höhe von 86 Mio. DM) belastet werden sollte.

Die neue Jade Wohnungsbau hätte also einen erheblichen Teil - möglicherweise einen zweistelligen Millionenbetrag - ihrer jährlichen Berliner Spekulationsgewinne für die Zins- und Tilgungsverpflichtungen ihrer Wilhelmshavener Immobilien aufwenden müssen. Mit anderen Worten, der Wilhelmshavener Teil des fortan Trögelerschen Unternehmens 'Jade Wohnungsbau' wäre zum langjährigen Kostgänger geworden. Es sei denn, Trögeler könnte die Mieten drastisch erhöhen. Zumindest denkbar wäre aber auch gewesen, daß er seine Berliner Anteile wieder aus der Jade Wohnungsbau herausgezogen und dann Pleite angemeldet hätte. Hätte er etwa auf diese Weise ganz legal das Wilhelmshavener Sondervermögen ausplündern können?

Alle diese Fragen harren dringend einer Antwort!

Esthetik von

JONATHAN

Naturkostladen
Marktstr. 86
Tel. 04421/13438

Bezüglich der Mieterhöhunen wären jedoch nicht nur die Mieter die Leidtragenden gewesen sondern auch die Stadt, die durch steigende Mietbeihilfen für Sozialhilfeempfänger und Wohngeldempfänger weiter ausgeblutet wäre. Daran hätte auch eine Rückübertragung auf die Stadt kaum was geändert, denn damit hätte sie ja die Hypothekenlast auch noch alleine schultern müssen.

Auf dem Rücken der Mieter

Die unvermeidlichen Mieterhöhungen bei der Jade Wohnungsbau (Frank soll sich gegenüber Trögeler für eine Erhöhung von DM 1,- bis DM 2,- pro m² ausgesprochen haben) hätten den Mietpreisspiegel im gesamten Stadtgebiet nach oben gedrückt. Das war auch ganz im Sinne Trögelers, der in einem Vermerk als Vertragsbedingung festhält: 'Keine Neubauinvestionen mehr in WHV, bis Marktverhältnisse wieder entsprechen.'

Schlimm für die Mieter in Wilhelmshaven und schlimm für die Sozialkasse. Allein die Vermieter hätte dies gefreut. Und da drängt sich gleich die Frage auf: Ist die große Oppositionspartei so ahnungslos, oder tut sie nur so? Weshalb trägt sie - außer wahltaktischem Geplänkel - offensichtlich nichts zur Aufklärung der Affäre und zur Wiederherstellung der kommunalpolitischen Hygiene bei?! Jochen Martin

MIT STUMPFEM SCHWERT

WAS IST DRAN AN DEN VORWÜRFEN GEGEN OB MENZEL, ER MACHE GESCHÄFTE MIT FASCHISTEN?

(hk) Der Fall, um den es hier geht, dürfte allgemein bekannt sein: Im Magazin der Süddeutschen Zeitung vom 20.10.1995 waren unserem Oberbürgermeister Kontakte mit Faschisten nachgesagt worden. Eine Behauptung, die sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitete.

Die Reaktionen auf das Bekanntwerden der Kontakte waren sehr unterschiedlich. Für einige war die Meldung nur eine Bestätigung des unaufhaltsamen Abstiegs des Antifaschisten Menzel zu einem Politiker, der unter dem Oberbegriff „Alles für die Stadt Wilhelmshaven" auch noch seine Großmutter verkaufen würde, für andere (und das war die Mehrheit) war allein die Vorstellung, daß Eberhard Menzel sich in Herzlake mit dem stadtbekannten Faschisten Robert Baar ein Fußballstadion (es ging um den Neubau des Stadions an der Friedenstraße) anguckt und dann auch noch in einer Wilhelmshavener Szene-Kneipe mit eben diesen Leuten 'einen trinken' geht, unmöglich. „Wenn das stimmt, dann ist der weg vom Fenster" - das war der Tenor bei beiden Gruppen.

Die Vorwürfe:

„Dem Einfluß der Rechtsradikalen in der Stadt begegnen die regierenden Sozialdemokraten mit bodenständiger Gelassenheit. Wie wenig Berührungsängste etwa SPD-Oberbürgermeister Menzel hat, erlebten die Gäste des Lokals 'Saxophon'. Der höchste Repräsentant der Stadt kreuzte dort nachts mit Baar auf und schmiß eine Lokalrunde. (...) Eine kleine Delegation - mit SPD-OB Menzel, dem CDU-Wirtschaftsförderer Rech und einem SPD-Landtagsabgeordneten an der Spitze - reiste gemeinsam mit Baar ins niedersächsische Herzlake (...)." Soweit das Magazin der Süddeutschen Zeitung.

Wenige Tage nach dem Erscheinen des Artikels erklärte Menzel in der WZ (31.10.95), daß die Behauptungen unwahr sind. *„Dazu Menzel: 'Ich habe keine Verbindung zu rechtsradikalen Immobilienspekulanten, bin nie gemeinsam mit einem in einer Gaststätte gewesen (...). Ich bin noch nie in Herzlake gewesen und kann deshalb dort auch an keiner Stadionbesichtigung teilgenommen haben. (...) Ich möchte einmal das Innenleben der Menschen kennenlernen, die sich solche Lügen ausdenken und sie dann auch noch verbreiten.'"*

Am 3.11. schickt die Stadt Wilhelmshaven (Der Oberstadtdirektor) einen Brief an die Süddeutsche Zeitung. In dem Brief heißt es unter anderem:

Zum Volkstrauertag 1995: "Meine Damen und Herren! In Wilhelmshaven wurden zwischen 1943 und 1945 fast 90 Menschen Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz. Die meisten von ihnen wurden hier auf dem Aldenburger Friedhof beerdigt. Der Kulturausschuß hat dem Vorschlag des Antifaschistischen Bündnisses zugestimmt, den Opfern mit einem Gedenkstein die lange vorenthaltene Ehre zu erweisen. Die Aufschrift lautet: Den Opfern der nationalsozialistischen Militärjustiz zum Gedenken."

Metzer Grill
Imbiß-Service
Ebertstraße 154 · Tel. 20 36 36
Anruf genügt – und Ihr Essen kommt heiß verpackt ins Haus!!!
Für die Mindestbestellung von 10.- DM berechnen wir als Zustellgebühr:
Bis 4 km 2,- DM
bei größeren Entfernungen 4,- DM
AB 25.- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS
AB 25.- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS
Kohldampf
Fehlt zum Kochen Dir die Zeit der METZER GRILL ist stets bereit

„Mit großer Betroffenheit haben die Verantwortlichen der Stadtverwaltung (...) zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie es für richtig gehalten haben, (...)einen Artikel unter dem Titel 'Kein Land in Sicht' zu veröffentlichen, der nicht nur angesehene Bürger unserer Stadt verunglimpft, sondern auch Vorgänge schildert, die unrichtig dargestellt werden. (...) Ich appelliere an Ihren journalistischen Ehrenkodex: Geben Sie der Stadt Wilhelmshaven die Möglichkeit, (...) ggfs. auch als Leserbrief, die Vorgänge in ein rechtes Licht zu rücken.

1. Der vorgenannte Bericht enthält über den Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven Herrn Eberhard Menzel 3 Behauptungen, in denen ihm jeweils unterstellt wird, er pflege Kontakte zu rechtsradikalen Immobilienhändlern. Diese Behauptungen sind unwahr, da Herr Menzel die in dem Bericht genannten Personen, die dem rechtsradikalen Spektrum zugerechnet werden, persönlich nicht kennt. Es ist darauf hinzuweisen, daß gerade der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven sich seit vielen Jahren gegen das Aufkommen rechtsradikaler Tendenzen eingesetzt hat.

Handlögten und Venske antworten am 8.11.95: „Ihr Informationsstand entspricht nicht den Tatsachen. Wir bleiben bei unserer Darstellung."

Die Süddeutsche veröffentlicht den Brief der Stadt nicht, weil dieser nicht als Gegendarstellung verfaßt ist.

Am 9.11. erklärte der OB im Anschluß an seine Gedenkrede auf dem Synagogenplatz, daß „alle Behauptungen unwahr sind. Ich habe gegen die Verfasser des Artikels presse- und strafrechtliche Schritte eingeleitet. Und ich werde auch gegen jeden strafrechtlich vorgehen, der hier in Wilhelmshaven die Behauptungen wiederholt."

Mitte November erwirkt OB Menzel eine einstweilige Verfügung gegen die Süddeutsche Zeitung, in der ihr unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM (oder Haft bis zu zwei Jahren) verboten wird, die Vorwürfe gegen Eberhard Menzel zu wiederholen.

Damit hatte OB Menzel erst einmal wieder die Lufthoheit über Wilhelmshaven gewonnen.

Der GEGENWIND setzte sich mit den Verfassern des Artikels, Günter Handlögten und Henning Venske, in Verbindung.

Handlögten zum GEGENWIND: „Ich kann das alles nicht begreifen. Wir haben eidesstattliche Versicherungen über die in dem Artikel erhobenen Vorwürfe. Warum sollte jemand eine eidesstattliche Erklärung abgeben, die nicht stimmt? Da hat doch niemand etwas davon. Im Nachhinein hat mir auch noch der Sponsor des VFL Herzlake, der Möbelfabrikant Klose, die Anwesenheit von Oberbürgermeister Eberhard Menzel bestätigt.

Es scheint wohl unumgänglich, daß diese Angelegenheit vors Gericht kommt - denn schließlich wollen wir wissen, was in dieser Stadt abläuft. ❑

NACH REDAKTIONSSCHLUSS:

In der Wilhelmshavener Zeitung vom 25.11.1995 outet Oberbürgermeister Menzel die Grünen-Politiker Gerd Kläne und Marianne Fröhling. Menzel laut WZ: "Wenn es zutrifft, wie im letzten Brief behauptet wird, daß Fröhling und Kläne den Journalisten Venske und Handlögten Informationen zu ihrem Artikel im Magazin der Süddeutschen Zeitung übermittelt hätten, wäre dies ein ungeheuerlicher Sachverhalt."

Menzel droht den beiden Grünen an, gegen sie strafrechtliche Schritte einzuleiten, und wirft die Frage auf, ob Kommunalpolitiker, die so gehandelt haben, noch ihr Ratsmandat behalten dürften.

Unsere Anfrage bei Handlögten/Venske am 25.11. ergab, daß die in der Süddeutschen dargestellten Sachverhalte nicht von Fröhling und Kläne stammen, er (Handlögten) uns aber seine Informanten nicht nennen werde. (hk)

Indo Chinesische
fernostasiatische Lebensmittel
Inh. Angelika Thwin

26382 Wilhelmshaven
Börsenstr. 103 (Bordumplatz)
Tel. (04421) 2 50 32

Kommentar

Was wäre, wenn...

...die Vorwürfe gegen OB Menzel den Tatsachen entsprächen? Ist es vorstellbar, daß er sich dann wie Barschel an die Öffentlichkeit wendet, alle Anschuldigungen zurückweist und jedem und jeder mit Strafanzeigen droht? Wäre es nicht besser, zuzugeben, zu erklären? Etwa so: 'Im Interesse der Entwicklung unserer Stadt ist es manchmal nötig, Kröten zu schlucken. Wir sind in einer Situation, in der wir uns unsere Verhandlungspartner nicht aussuchen können - gerade dann nicht, wenn es um Millionen-Investitionen geht, die schließlich allen Bürgern zugute kommen, die Arbeitsplätze schaffen und sichern. Geschäfte werden heutzutage nicht mehr in Büros und Amtsstuben auf den Weg gebracht, heute ist das persönliche Engagement auch nach Feierabend mit ausschlaggebend für einen Geschäftsabschluß. Ich bin ja froh, daß wir letztendlich eine Lösung fanden, in der Baar & Co. keinen Platz mehr hatten." Kritik hätte es noch genug gegeben, mangelnde Zivilcourage wäre ihm vorgeworfen worden, so manche Gruppe hätte sicherlich in Zukunft auf seine Schirmherrschaft verzichtet.

Was wäre wenn...

...die Behauptungen, die in der Süddeutschen Zeitung aufgestellt wurden, nicht den Tatsachen entsprechen? Ein Journalist hat nicht viele Möglichkeiten seine Behauptungen zu beweisen. Wenn er ein sauberer Journalist ist, läßt er sich von seinen Informanten eidesstattliche Erklärungen vorlegen. Liegen diese Erklärungen vor, gibt es grünes Licht zur Veröffentlichung. Die Autoren der Veröffentlichung in der Süddeutschen sind nach ihren Angaben im Besitz solcher eidesstattlichen Erklärungen. Sollte es sich herausstellen, daß diese Erklärungen falsch sind, wird man den Journalisten nichts vorwerfen können.

Doch wer sollte ein Interesse daran haben, falsche eidesstattliche Versicherun- gen abzugeben? Ein Komplott gegen OB Menzel oder gegen die Autoren Handlögten und Venske? Wo leben wir denn?

Gefragt werden muß auch, warum Eberhard Menzel gegen Vorwürfe, die das Ende seiner politischen Karriere bedeuten würden, mit Gegendarstellungen (ggfs. auch als Leserbrief) und Einstweiligen Verfügungen angeht. Warum verklagt er die Autoren nicht? Wenn mir jemand mit solchen Anschuldigungen kommen würde, würde ich mich doch nicht auf einen solch lächerlichen Rechtsweg begeben, sondern mit den schärfsten Waffen gegen die Verleumder und Rufmörder zu Felde ziehen. Warum steht in dem Schreiben vom 3.11. an die SZ nur, daß „Herr Menzel die in dem Bericht genannten Personen, die dem rechtsradikalen Spektrum zugerechnet werden, persönlich nicht kennt"?

Nach-Sumpf-Zeit

Handlögten und Venske sind im offiziellen Wilhelmshaven nicht gerade beliebt. Zerrte doch ihre Veröffentlichung „Drekkiger Sumpf" (1983) die eickmeiersche „Politik nach Gutsherrenart" ins Licht der Öffentlichkeit und sorgte für die Ablösung des ehemaligen Oberstadtdirektors. Es kam ein neuer Oberstadtdirektor, doch an der Politik änderte sich nicht viel.

Man war vorsichtiger geworden in der Stadtverwaltung. Für städtische Bedienstete gab es einen Maulkorb und die Politik spielte sich weiterhin hinter verschlossenen Türen ab.

Und so entwickelte sich in den Jahren nach Eickmeier die „Eickmeiersche Politik schreiberscher Prägung", oder anders gesagt: Es änderte sich überhaupt nichts!

Die Stadt wird von einer Gruppe aus Rechtsanwälten, Hafen- und Unternehmerlobby regiert: Die „Wilhelmshaven-Fraktion". Der Stadtrat ist meist nur ein formales Gremium, in dem deren Beschlüsse abgesegnet werden.

Diskussionen sind in Wilhelmshavens Entscheidungsgremien ein Fremdwort - wenn es doch mal Kritik gibt, dann erklärt der Oberstadtdirektor die Angelegenheit zur „Chefsache" und es darf nicht mehr darüber geredet werden. Zur Not werden brisante Themen auch noch den zuständigen Dezernenten aus der Hand genommen und an willfährige Kollegen überwiesen.

Um zu dieser Wilhelmshaven-Fraktion zu gehören, muß man sich dem Ehrenkodex dieser Loge unterwerfen. Wer das nicht tut hat keine Zukunft.

Ob unser Oberbürgermeister nun wirklich privat und/oder geschäftlich mit Baar und Heger verkehrt(e), wird hoffentlich in Kürze aufgeklärt sein - bestehen bleibt allerdings die Tatsache, daß Baar und Heger in Wilhelmshaven dick im Geschäft sind (was wohl auch nicht so ganz ohne Unterstützung honoriger Bürger ablief).

Doch nicht nur im Immobiliengeschäft stecken diese Leute drin. Wer erinnert sich noch an das Foto des SVW-Vorstands im Sporteil der WZ? Da stand der Faschist Robert Baar (bes. Aufgaben) neben dem CDU-Ratsherr Bernhard Rech (bes. Aufgaben).

Ob die Wilhelmshavener Bevölkerung wohl zu einem Liebesentzug gegenüber dem SVW zu gewinnen ist, solange der Faschist Robert Baar in diesem Verein seine „besonderen Aufgaben" erfüllt?

Hannes Klöpper

DIE LANDESBÜHNE

DEZEMBER 95

Premieren:

Pension Schöller von Nigel Williams. DI., 26.12., 20.00 Uhr. Niederdeutsche Bühne.

Stadttheater:

Der Zauberer von Oos von L. Frank Baum. Sa., 02.12. 15.00 Uhr (Kartenverkauf für diese Vorstellung ausschließlich über Wilhelmshavener Zeitung. MO, 4.12., DI., 5.12., MI., 6.12., MO., 11.12., MO., 18.12., DI., 19.12., MI., 20.12. jeweil 08.45 und 11.00 Uhr. SO., 10.12., SO., 17.12. jeweils 15.00 und 17.30 Uhr. DO., 21.12., FR., 22.12. jeweils 10.00 Uhr.

Klassenfeind von Nigel Williams. FR., 8.12., 20.00 Uhr

Ein Winter unterm Tisch von Roland Topor. SA., 9.12., DI., 12.12., jeweils 20.00 Uhr. SO., 31.12., 19.00 Uhr.

Niederdeutsche Bühne

Kramer Krey von Herrmann Bossdorf. FR., 1.12., SA., 16.12., jeweils 20.00 Uhr. SO., 3.12., 15.30 und 20.00 Uhr.

Junges Theater

Na, altes Haus, lebst du noch?! von und mit der Altentheatergruppe "Die Wellenbrecher". SO., 3.12., 15.00 Uhr.

Nachtschiene: Alles Chäs - Ein literarisch-musikalisches Fondue aus der Eidgenossenschaft! mit Ensemblemitgliedern der Landesbühne. SA., 9.12., 21.30 Uhr.

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.
Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.
Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Tauschen statt kaufen

lautet für einige Wilhelmshavener die Antwort auf sinkende Einkommen und damit zunehmende Ausgrenzung vom Warenkonsum. Unter dem Motto *Ohne Moos geht's los* suchen sie Partner und Partnerinnen, mit denen sie zusammen einen Tauschring ins Leben rufen möchten. Alle, die daran teilnehmen, können dann nach den Vorstellungen der Initiatoren ihre Fähigkeiten und in ihrem Besitz befindliche Güter (Arbeit gegen Arbeit, Arbeit gegen Sachen und Sachen gegen Sachen) untereinander tauschen.

Nach dem Prinzip

> ich repariere Dein Fahrrad => Du hilfst Alfred beim Garten umgraben => Alfred paßt auf meine Kinder auf =

sollen neue Nachbarschaftskontakte geknüpft, langgehegte Wünsche erfüllt, schwer finanzierbare Dienstleistungen organisiert oder einfach der Kinderwagen gegen ein Dreirad getauscht werden. Mitmachen kann vom Kind bis zur Oma jede oder jeder, die oder der etwas anzubieten hat. Verrechnet wird das ganze nur auf dem Papier.

Ein Tauschring bietet nach Meinung der Initiative für seine Mitglieder viele Vorteile:

- Auch ohne viel Geld auf der hohen Kante kann sich jede bzw. jeder etwas leisten und sich rege am Tauschhandel beteiligen.

- Der (Aus)Tausch zwischen den Menschen fördert die Nachbarschaftskontakte.

- Brachliegende Fähigkeiten werden mobilisiert.

- Zeitliche und schöpferische Freiräume eröffnen sich, ohne daß es gleich ans Portemonnaie geht.

Wie das ganze nach ihrer Meinung funktionieren könnte, das wollen die Ini-Leute am Freitag, d. 01. Dez. um 20 Uhr in der Perspektive (Schellingstr. 21) erläutern. (jm)

pumpwerk

Programm Dezember 95

FR. 01.12. 20.30 Uhr	Oriental Fantasy Beata und Horacio Cifuentes & Ensemble
SA. 02.12. 21.00 Uhr	Poems for Laila "I shot the moon" Tour 95
SO. 03.12. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit The Blarney Im Anbau eine kreative Aktion fürKinder
MI. 06.12. 20.30 Uhr	Peter Sonntag's Bass in Colors 12 E- und Kontrabässe, 2 Sänger und 1 Schlagzeuger
FR. 08.12. 20.30 Uhr	Die angefahrenen Schulkinder "Auf großer Fahrt"
SA. 09.12. 20.30 Uhr	Fabian und die Detektive Kabarett
SO. 10.12. 11.00 Uhr	Radio Live mit Johnny needs Crime
MI. 13.12. 20.30 Uhr	Weihnachtlicher Gospelabend
FR. 15.12. 21.00 Uhr	Birth Control - Die Legende lebt
SA. 16.12. 20.30 Uhr	Elvis: "One for the money..."
SO. 17.12. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit An Rinn In Anbau eine kreative Aktion für Kinder
FR. 22.12. 21.00 Uhr	Doors Coverband "Riders on the Storm" / USA
SO. 24.12. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit Backstage Im Anbau eine kreative Aktion für Kinder
DI. 26.12. MI. 27.12 21.00 Uhr	"The Proll" mit "Intimen Geständnissen"
SO. 31.12.	Silvesterfete mit Bob Color

Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke, 26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421- 43877

Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung

Hiermit trete ich dem GEGENWIND Förderkreis für politische Bildung bei:

Name:

Geburtsdatum:

Straße:

Wohnort:

Telefon:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Monatsbeitrag von DM ..... (mind. 5,- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto

Kontonr.:

Geldinstitut:

Bankleitzahl:

zugunsten des GEGENWIND-Kontos Nr. 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63, abgebucht wird.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen.
[] Ich möchte den GEGENWIND regelmäßig zugestellt bekommen.

....., den .....
Ort **Datum**

Unterschrift:
(bei Minderjährigen Einverständnis eines/einer Erziehungsberechtigten erforderlich).

☞ Ständige Termine ☜

ADFC (ALLGEMEINER DEUTSCHER FAHRRAD-CLUB) KREISVERBAND WILHELMSHAVEN: Treffen jd. 1. Do im Monat, 20 Uhr, Ruscherei. Kontakt: 04421-83221.

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WILHELMSHAVEN: jd. letzten Mi. i. Monat, 20 Uhr, Willi-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63.

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLLVERBRENNUNG: Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

ARBEITSKREIS SEXUALISTISCHER MACHTMISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERATUNG: c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung : Mo 9-13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache; Treffen jd. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 21641 o. 23290.

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

BERATUNGSSTELLE FÜR JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE: Schillerstr. 8, Tel. 12711, Mo.-Fr. 13-15 Uhr und nach Vereinbarung; "Treffpunkt": Do. 18-21 Uhr; Amazonencafé Mo 16-19 Uhr.

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): OG Wilhelmshaven Di 21.6. + Di 16.8. um 20 Uhr im Tarish, WHV. Kontakt: 04421-82352 u. 81307.

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel. 44044

BUW (BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN): H. Klöpper, Weserstr. 33, Tel. 04421-44000

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP): "Der Samstagstreff" jd. Sa. 15 Uhr; Polit. Frühschoppen: jd. 1. So. im Monat.

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH Treffen u. Beratung.

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat 15.30 Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Gemeindehaus Banter Kirche

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. +. 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17 Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel 22234, Tag- und Nachtbereitschaft

FRAUENLISTE: Büro Rheinstr. 168, Tel. 201940; jd. 2. Mi. i. M. 20 Uhr Treffpunkt Kommunalpolitik; Informationen: Tel.: 87236

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN: jd. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im PUMPWERK

GRAUE PANTHER: Jd. Montag ab 16 Uhr, Kirchreihe 18a.

GREENPEACE: Kontakt: 23144.

GRÜNE: GRÜNES BÜRO, Ulmenstr. 26, Tel. 37120. Bürozeiten Di. 10-12 Uhr, Mi. 17-18 Uhr. Kommunal-AG am Montag vor d. Ratssitzung (jd. 3. Mi. i. M.) MGV s. Aushang am Büro . Pressemittlg.

INFOLADEN: Do. 19-22 Uhr Antifa-Café/ jd. 1.+3. Do. i.M. Antifa-Plenum; jd. 2. Do. ab 20 Uhr Kurdistan Komitee; jd. Fr. 20.00 Kurdischer Treff; Sa. ab 15 Uhr Info-Café; jd. 3.+4. So. ab 16 Uhr Frauennachmittag; Ausländer- und AsylberberInnenberatung: jd. Di. + Do. 16-18 Uhr (Kontakt: 81011 Klöpper o. 21641 DGB). Treffpunkt Kling Klang.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-21 Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

INTERNATIONALER MÄDCHENGESPRÄCHSKREIS: Kontakt 30 59 13

JUSOS IN WHV: jd. Do. 20 Uhr, Jugendheim Kirchreihe. Kontakt: Tel. 203411 o. 44833 (auch Fax)

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT ROCK IN NIEDERSACHSEN (LAG ROCK), REGIONALBÜRO WILHELMSHAVEN: Musiker- und VeranstalterInnenberatung, Tel./Fax 04421-42773.

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr

PROBLEMTELEFON-TELEFONSEELSORGE: Tägl. 17-21 Uhr; Tel. 11103

PRO FAMILIA: Ärztliche, soziale und psychologische Beratungsstunden für Jugendliche und Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

SCHLÜSSELBLUME E.V.: Beratungs-, Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE NORDSEE WILHELMSHAVEN: jd. Do. 20.00 - 22.00 Uhr , mai pen lai Ebertstr. 128, Kontakt: Dieter Theuerkauf, Karlstr. 3, Tel.: 04421/32884

SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER FRAUEN: jd. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71 Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1.+ 3. Mo. im Monat (außer i.d. Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a; Kontakt: Insa Cassens, Am Siel 11, Tel. 61655

STILLGRUPPE: Di. 15 Uhr, Heike Drenker, Am Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/7500

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TELEFONSEELSORGE: 11103 tgl. 17-23Uhr.

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Middelsfähr; Tel. 04421/701055; jd. 1.+ 3. So. 17 Uhr im TARISH

VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER: Jd. 4. Fr. im Monat um 20.30 Uhr Krähenbusch; Kontakt: 04421/202607

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str 139; Tel. 21149 (Büro) und 19411 (Beratung) Di.+ Do. 19-21 Uhr; Information, Beratung (anonym + persönlich), Begleitung, Schwulengruppe, JES-Gruppe Di. ab 19 Uhr; Offener Treff: Do. ab 19 Uhr

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahmestelle für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegenstände, Kleinmöbel Mo.-Do. 10-16 Uhr, Sa. 10-13 Uhr; Vereinstreff: jd. Do. ab 19 Uhr, Weserstr. 47

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE: MusikerInnenhaus Banter Deich 8; Tel. 44699, 11 bis 19 Uhr

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22 Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63

Für die ständigen Termine bitten wir die aufgeführten Gruppen gegebenenfalls um Korrekturen.

EXPO STOP

PARTNERSTADT HANNOVER

PLANUNGEN FÜR DAS WOCHENENDE AN DER JADE 2000 NEHMEN FORMEN AN

(hk) Wie die berühmten Seifenblasen zerplatzen die Träume der Wilhelmshavener EXPO-Macher: Nachdem bereits die "unerläßliche" Hafentorbrücke zu den Akten gelegt wurde, ist nun auch noch der bereits bis ins Detail überplante Standort hinfällig: Die EXPO am Meer wird nicht auf der Schleuseninsel stattfinden. Stattdessen soll sie im und am Großen Hafen durchgeführt werden.

KEIN GELD VON LAND UND BUND

Grund für diesen erneuten Rückzug: Die Finanzierungsvorstellungen der Stadt, nach der die Stadt, Land und Bund jeweils 15 Milllionen DM zur Verfügung stellen sollten, zerplatzten wie die bereits eingangs erwähnten Seifenblasen.

AUSVERKAUF STÄDTISCHEN EIGENTUMS

Dennoch ist nicht damit zu rechnen, daß die Stadt nun entschieden billiger die Durchführung der EXPO wird realisieren können. Oberstadtdirektor Schreiber geht laut NWZ v. 17.11.1995 davon aus, daß sich der EXPO-Eigenanteil der Stadt 'womöglich erheblich verringern werde'. Das Geld dazu 'soll durch den Verkauf städtischer Mehrheitsbeteiligungen an Unternehmen aufgebracht werden.'

Der Herr Trögeler wird bei diesem Deal allerdings wenig Chancen haben, denn der Oberstadtdirektor führt, in Abstimmung mit der Bezirksregierung Weser-Ems, bereits 'Gespräche mit Partnern, die eine ganz sichere Perspektive für die Stadt bedeuten'.

Zu vermuten ist allerdings, daß sich im Laufe der nächsten Monate die Planungen auf ein Wochenende an der Jade - Partnerstadt Hannover - gesundschrumpfen werden.

STOP EXPO

GEMEINDERAT IM FUNKEN-REGEN

IN SANDE SCHWELT DER UNMUT WEGEN EINER VON DER GEMEINDE BESCHLOSSENEN KLÄRSCHLAMMVERBRENNUNGSANLAGE.

(jm) Mehrere hundert Menschen versammelten sich am 10. November bei Einbruch der Dunkelheit auf dem Rathausplatz in Sande, um gegen eine von ihrer Gemeinde geplante Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) zu protestieren. Gefolgt waren sie dem Aufruf einer frisch aus der Taufe gehobenen *Initiative zur Verhinderung der geplanten thermischen Klärschlammverbrennungsanlage in Sande* (IVK).

Der Werdegang der IVK nahm seinen Anfang in Cäciliengroden, als man dort in letzter Minute Wind davon bekam, daß die Firma *Spitz - Rohstoffe und Recycling GmbH* (Firmensitz Wilhelmshaven) den Bauantrag für eine KVA im benachbarten Gewerbegebiet Sande gestellt hatte. Diese Nachricht muß sich wie ein Lauffeuer verbreitet haben, denn noch vor Ablauf der Einspruchsfrist meldeten sich nach Schätzung der IVK ca. 600 Bürgerinnen und Bürger bei der zuständigen Genehmigungsbehörde (*Bezirksregierung Weser-Ems*) als Einwender.

Der in Cäciliengroden entzündete Funke ist mittlerweile auf Sande übergesprungen und brennt bereits dem Bürgermeister Dieter Günther und dem Gemeindedirektor Hermann Pichert auf den Nägeln. Die Beiden mußten nämlich mit ansehen, wie sich der Rathausplatz am verdämmernden *Sünner Martensdag* immer mehr mit Demonstranten bevölkerte.

Schlag sechs ertönten dann - wie bestellt - die Kirchenglocken und läuteten die Kundgebung ein. Kurz darauf hagelte es von einer aufbebauten Rednertribüne aus schwere Vorwürfe gegen den Sander Rat und die Gemeindeverwaltung, welche für die geplante Maßnahme politisch verantwortlich sind.

Hermann Grote erklärte als einer der Redner der IVK das *'Experiment Pilotanlage zur thermischen Entsorgung von Klärmschlämmen'* unter anhaltendem Beifall zu einer Zumutung für die Bürger. Dann wies er die Gemeinde auf ihre Informationspflicht hin, der sie bis heute nicht nachgekommen sei.

Den von der Gemeinde kommenden Vorwurf der Panikmache parierte er mit der Feststellung, daß diese *„...ihre Schularbeiten intensiv zu machen und dafür zu sorgen (habe), daß derartige Unruhen in der Bevölkerung erst gar nicht aufkommen."* Zum Schluß empfahl er den Mitgliedern des Gemeinderats (der den Klärschlammofen mehrheitlich befürwortet) sich schon mal Gedanken über ihre Wiederwahl bei den vor der Tür stehenden Kommunalwahlen zu machen.

Als sich anschließend Bürgermeister Günther gegen die Vorwürfe verwahrte und sich vor seinen Gemeinderat stellte, wurde dies mit einem erbosten Pfeifkonzert quittiert.

Auch der Gemeindedirektor blieb von der immer wieder auflodernden Empörung nicht verschont; fand aber schließlich doch Gehör, als er sich den bohrenden Fragen der Kundgebungsteilnehmer stellte...

Foto: Tunnat

Aus der Konfrontation auf dem Sander Rathausplatz läßt sich herausschälen, daß die IVK und ihre Unterstützer

- tiefes Mißtrauen gegen das Projekt aus Umwelt- und Gesundheitsgründen hegen
- die Zuverlässigkeit der Angaben über die Gifthaltigkeit der angelieferten Klärschlämme, der Verbrennungsrückstände und der Emissionen bzw. Immissionen anzweifeln
- fehlerhafte Betriebsabläufe und Störfälle in dieser dann erstmalig betriebenen Pilotanlage befürchten, darüber hinaus
- den Verdacht haben, daß man ihren Lebensraum schrittweise zu einem Abfallklo für einen Einzugsbereich ausbauen wird, der sich weit über die Kreisgrenzen von Friesland hinaus erstreckt und zudem
- davon überzeugt sind, daß es genügend Alternativen zur Klärschlammverbrennung (z.B. durch Vermischung mit Schredderholz und anschließender Behandlung in Biogasreaktoren) gibt.

Der Gemeinde wird zudem vorgeworfen, daß sie das Angebot der Stadt Wilhelmshaven, den Sander Klärschlamm in ihren Faultürmen (Betriebsbeginn kommendes Frühjahr) zu behandeln, nicht wahrgenommen hat.

Auf der anderen Seite behaupteten der Bürgermeister und der Gemeindedirektor auf der Kundgebung, daß man sorgfältig alle Möglichkeiten überprüft habe aber leider zur Zeit keine andere Möglichkeit sehe, als den Klärschlamm zu verbrennen. Den Sorgen der Bürger um die Umwelt und ihre bedrohte Lebensqualität suchen sie mit dem Hinweis zu begegnen, daß das Bauantragsverfahren nach Recht und Gesetz verlaufe und die Bundesrepublik das schärfste Immissionsschutzgesetz auf der Welt habe.

Am 29.11. ab 10 Uhr wird der Bauantrag unter Beteiligung der Einwender, der Firma Spitz, der Gemeinde Sande und der Bezirksregierung im Bürgerhaus Sande erörtert.

Einen Tag später, am 30.11. kommt das Fernsehen (N3, 'Niedersachsen vor Ort') nach Sande. Ab 19.30 Uhr wird der Streit zwischen den Konfliktparteien dann life aus dem dortigen Kirchengemeindesaal auf die Mattscheiben übertragen.

ÄGÄIS
Restaurant und Café

Türkische und Griechische Spezialitäten
Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447

SUSANNES OHRRING
Schmuck & mehr
in der
Gökerstr.39, Nähe Kortekreuzung
Tel.: W'haven 31880
Silberschmuck:
Ohrhänger, Armreifen, Ringe, Creolen, Ketten,Broschen
&
Schmuck aus Holz,Horn,Naturmaterialien
&
Designerschmuck
&
Textilien aus Indien
IM DEZEMBER haben wir für Sie nicht nur am SAMSTAG DURCHGEHEND geöffnet!
Mo-Sa 9.30 - 18.30 (Dez)
sonst 13.00 - 14.30 Mittagspause

Kommentar

Fehlentwicklungen

Die Gemeinde Sande ordnet sich - neben hausgemachter Kirchturmpolitik - der gemeinsamen kurzatmigen Abfallpolitik mehrerer Landkreise unter:

Mit dem Bau einer Klärschlammverbrennungsanlage meinen diese, der im Jahre 2005 in Kraft tretenden *Technischen Anleitung Abfall* (TA-Abfall) Rechnung tragen zu müssen. Diese verbietet die Deponierung von organischen Stoffen. Das bedeutet, daß alles, was nicht wiederverwertet werden kann, verbrannt werden muß.

Die Wiederverwertung in der Landwirtschaft stößt angeblich aus Imagegründen auf die kategorische Ablehnung durch Bauern bzw. ihre Auftraggeber (Bio- und Babykostverarbeiter), Klärschlamm auf ihrem Land aufzubringen. Dazu kommt wohl noch, daß in der Landwirtschaft ein Überschuß an Düngemitteln (Gülle) vorhanden ist.

Wohl hauptsächlich deshalb haben sich die Landkreise für die zwar teure, aber bequeme Option *Verbrennung* entschieden. Aber abgesehen von den Schadstoffen, die durch den Schornstein über das Land ausgebreitet werden: Was geschieht bei der *thermischen Verwertung* eigentlich sonst noch?

Die jährlich zu verbrennenden 10.000 t Klärschlamm bestehen zu 80% aus Wasser, die bei der Verbrennung verdampft und durch den Schornstein geblasen werden. Von den restlichen 2.000 t Trockenmasse bleiben nach der Verbrennung 1.200 t Asche und 300 to Filterstäube übrig. Verbrannt werden demnach ca. 500 t - also 5% des angefahrenen Klärschlammes. Eine magere Ausbeute, bei der auch noch ca. 200.000 m³ Erdgas verheizt werden müssen.

Die Herstellungskosten für die Asche - als *Produkt I* bezeichnet - sind nicht bekannt. Aber beim *'Verkauf'* des Produktes wird mit Sicherheit nochmals erheblich draufgezahlt werden müssen, denn dieses *Produkt I* muß - um es verwertbar zu machen - einer neunfachen Menge Sand beigemengt werden. Solcherart versteckt, soll es dann als Pflastersand vermarktet werden. Daß eine Aschebeimengung für die Pflasterung erforderlich ist oder das Produkt Pflastersand dadurch in der Herstellung billiger wird, hat allerdings noch keiner behauptet. Sogar unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist das barer Unsinn, der nur über die Erhöhung der Abwassergebühren zu finanzieren ist.

Für die Filterstäube hat man zwar wegen der zu erwartetenden Schwermetallbelastung noch keine Verwendung, aber man deklariert sie im Antrag trotzdem schon mal als *'Produkt II'*. Man kann nur hoffen, daß *Produkt II* nicht irgendwo als Wirtschaftsgut bei der Müllmafia landet, sondern wenigstens ordnungsgemäß dahin verbracht wird, wo es lt. Recht und Gesetz hingehört: in eine Giftmülldeponie.

Finanzieren müssen das - wie schon gesagt - die Bürger und viele sind's zufrieden:

Die Müllofenindustrie hat einen neuen Auftrag, die Banken zehren jahrelang von der Vorfinanzierung, der Betreiber Spitz hat seine Pfründe, die EWE kann mehr Strom und Erdgas verkaufen, drei Leute haben einen neuen Arbeitsplatz, und die Gemeinde hat ihre Ruh'.

Aber ist das wirklich die richtige Entscheidung der Gemeindevertreter angesichts des sich ankündigenden globalen Umbruchs hin zu einer nachhaltigen (umwelt- und ressourcenschonenden) Wirtschaft, die - wenn sie sich durchsetzen soll - von ganz unten aufwachsen resp. sich ausbreiten muß? Welche Strategie müßten die Gemeinden unter diesem - mit jeder Umweltkatastrophe an Gewicht zunehmenden - Aspekt verfolgen?

Angewandt auf das Klärschlammproblem stellt sich die Aufgabe,

- die Abwässer so weit wie irgend möglich zu entgiften,

- dezentrale biologische Klär-/Energiegewinnungs-/Kompostierkombinationen zu fördern,

- Klärschlamm und Grünabfälle als Grundstoff für die Gewinnung von Biogas und die Veredelung zu schadstofffreiem Kompost zusammenführen.

Das Problem des Düngemittelüberschusses kann momentan deshalb nicht gelöst werden, weil der Viehbestand in unserer Region zu hoch ist. Neben Fleisch-, Butterbergen und Milchseen gibt es das berüchtigte Gülleproblem.

Die verhängnisvolle Massentierhaltung (also nicht nur die Reisfelder in Asien) fördert mit ihren beträchtlichen Methangasausdünstungen außerdem noch zusätzlich den Klimakollaps. Auch diese Fehlentwicklung läßt sich nur noch durchhalten, bis kein Weg mehr an scharfen internationalen Klimaschutzkonventionen vorbeiführt.

Man kann nicht früh genug damit beginnen, auf kommunaler Ebene Archen für die Zukunft zu bauen. Und in diesen Archen hat auch die Massentierhaltung keinen Platz, weil die Menschen wieder entdekken, daß man auch mit weniger Fleisch lecker essen kann. Aber da sind wir schon beim nächsten Thema...

Jochen Martin

KULTUR · KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLANG

WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

****

**Freitag und Samstag
21.00 bis 3.00 Uhr:
MusicHall**

**bis jeweils 24.00 Uhr
Tequila-Party - diverse Sorten
DM 2.-**

**Jeden Samstag 15.00 Uhr:
Fußball auf Großbild
(2 X 2 Meter)**

****

HOTEL KLING KLANG

WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

MUSIK FÜR DICH

Taglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)
FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:
Tasse 1,— DM

DER TOD IST FARBENBLIND !

Kriegsdienstverweigerung - Dein Grundrecht !

KDV - Treff

Dienstags ab 20 Uhr im Tarish
Börsenstraße, Wilhelmshaven

FRAUENLISTE Wilhelmshaven

Wie geht es weiter mit Willihaven?

So ganz genau weiß das zur Zeit offensichtlich niemand. In die »Haushaltsberatungen« fahren wir mit einer Verwaltungsvorlage, die "nicht genehmigungsfähig" ist; damit ist die Genehmigung durch die Bezirksregierung gemeint.

Aber kann der Rat der Stadt die Zustimmung zu einer solchen Vorlage geben? Werden wir damit unserer Verantwortung gerecht? Wohl noch nie sind die Entscheidungen für die Ratsmitglieder so schwierig gewesen wie in diesem Jahr!

Auf der einen Seite wissen wir alle, daß wir einen genehmingungsfähigen Haushalt nur dann vorlegen können, wenn wir eklatant gegen die Interessen vieler Bürgerinnen und Bürger und auch gegen die Interessen der Stadt als Ganzes entscheiden. Bekommen wir aber auch im nächsten Jahr keinen Haushalt, sind die Möglichkeiten, überhaupt noch irgendwo durch die Politik Einfluß zu nehmen, gleich Null. Wir haben also die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Wir sind sehr enttäuscht, daß es auch im Laufe dieses Jahres nicht möglich war, auf breiter Basis - parteiübergreifend und in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern - Diskussionen über gemeinsam für notwendig gehaltene Grundstandards zu führen, sie festzulegen und dann gemeinsam zu schauen, wie diese trotz der wirklich katastrophalen finanziellen Bedingungen aufrechterhalten werden können. Zumindest aber hätten diese Grundstandards so erhalten werden müssen, daß in wirtschaftlich besseren Zeiten darauf wieder aufgebaut werden kann. Aber dies war offensichtlich nicht gewünscht.

Stattdessen wird von einer Reihe von Leuten hier immer noch so getan, als könnten wir uns Prestigeobjekte irgendeiner Art noch leisten! Hier ist unserer Meinung nach jeglicher Bezug zur Realität verlorengegangen!

Und - offensichtlich eine Wilhelmshavener Urschwäche - die Hoffnung auf den großen Befreiungsschlag wird von einigen Leuten in der Stadt immer noch gepflegt. Es wird aber nicht den einen großen Volltreffer geben - schon gar nicht mit den Resten der hochfliegenden Expo-Pläne!! Es wird immer davon geredet, daß die Expo-Beteiligung den »Strukturwandel« in Wilhelmshaven fördert. Bisher ist aber noch nicht einmal Konsens darüber hergestellt worden, wie denn die neue Strukur in Wilhelmshaven aussehen soll. Das Motto »Alle Chancen nutzen« kann auch dazu führen, daß wir uns in dem ständigen Hinterherjagen verzetteln. Und diesen Eindruck haben wir zur Zeit ganz stark.

Es gibt keine ausreichende Diskussion darüber, welche Funktionen in der Stadt wir unbedingt erhalten müssen und wohin sich die Stadt in zukunft entwickeln soll. Diese Diskussion kann und soll nicht nur im Rat geführt werden. Wir haben in unserer Stadt so viele fähige, kreative und verantwortungsbewußte Frauen und Männer! Ihr Potential sollte für die Bewältigung der Probleme genutzt werden.

Wir können nur über die bevorstehenden harten Jahre für die Stadt kommen, wenn alle bereit sind, Verantwortung und Aufgaben zu übernehmen, die bislang selbstverständlich als Dienstleistung der Kommune erwartet wurden.

Das kann aber nur funktionieren, wenn die in vielen Bereichen engagierten und zur Unterstützung bereiten Menschen ernstgenommen werden und ihre Ideen einbringen können. Hier muß noch ein großes Umdenken erfolgen!

Monika Schwarz

Ökosiedlung Aldenburg

Schon seit langer Zeit wird darüber geredet, ob und durch wen in Aldenburg das Konzept einer Ökosiedlung umgesetzt werden soll.

Eine Entscheidung ist seit langem überfällig. Die FRAUENLISTE unterstützt die Pläne des Vereins Ökosiedlung Aldenburg.Das Konzept ist einleuchtend, sehr gut durchdacht und berücksichtigt außerdem auch soziale Gesichtspunkte. Wir können uns sehr gut vorstellen, daß mit der Verwirklichung dieser Pläne ein wirklich lebendiger und ökologisch hervorragend verträglicher Stadtteil entsteht.

Wir fordern dazu auf, endlich eine Entscheidung zugunsten des Vereins zu treffen, um dieses Projekt für Wilhelmshaven zu sichern und bald mit seiner Verwirklichung beginnen zu können!

V.i.S.d.P.: FRAUENLISTE W'haven
Meike Sudholz, Tel.: 04421/87236

ATOMARE BEDROHUNG

NUKLEAR BETRIEBENES U-BOOT ZU GAST IN WILHELMSHAVEN

(ft) Nuklear angetriebene Schiffe (die auch Atomwaffen an Bord haben können) stellen auf See und in den Häfen ein Risiko dar. Jederzeit kann es zu atomaren Katastrophen bis hin zur Kernschmelze kommen. Auch durch äußere Einflüsse (Havarien) kann der Kernreaktor beschädigt werden. Liegt ein solches Schiff im Hafen, wird bei einem Unfall nicht nur das Meer verseucht, sondern es besteht auch eine akute Gefährdung der Menschen in der zum Hafen gehörenden Stadt. Aufgabe der Regierenden einer Hafenstadt sollte es sein, das Einlaufen solcher Schiffe zu unterbinden, zumindest jedoch muß die Bevölkerung von der potentiellen Gefahr

Am 6. November 1995 besuchte das amerikanische U-Boot "USS Jacksonville" für fünf Tage Wilhelmshaven. Es machte im Hafen der Bundesmarine fest. Die "Jacksonville" wird mit Atomreaktoren angetrieben. Das U-Boot kann mit atomaren Mittelstreckenraketen und atomar bestückten Marschflugkörpern ausgerüstet werden. Wann und wieviel Atombomben an Bord sind, ist nicht bekannt.

Super Gau

Jedes Schiff lebt mit der Gefahr, in eine Havarie oder Kollision verwickelt zu werden. Bei einem U-Boot, in dessen Rumpf auf engstem Raum ein komplettes Atomkraftwerk mit extrem hochangereichertem Uranbrennstoff eingebaut ist, kann schon ein kleiner Unfall zur Katastrophe führen. Seit 1954 hat es weltweit mehr als 700 Unfälle auf atombetriebenen Schiffen und U-Booten gegeben. Auch in Häfen!

Mindestens zwei amerikanische und drei sowjetische U-Boote sind in den zurückliegenden Jahrzehnten gesunken und verseuchen mit ihrer nuklearen Fracht das Meer.

Eine nukleare Verseuchung Wilhelmshavens und Umgebung a la Tschernobyl wäre die Folge eines Unfalls in unserem Hafen gewesen. Die Bevölkerung wurde über diese Gefahr nicht aufgeklärt. In der "Wilhelmshavener Zeitung" wurde der Besuch der "Jacksonville" zwar angekündigt, aber von "Atom" war kein Wort zu lesen.

Foto: Tunnat

Greenpeace-Protest

Greenpeace wußte vom Besuch der "tickenden Zeit-Atom-Bombe" und informierte die Wilhelmshavener Bevölkerung. In der Nacht vor dem Besuch wurden "Warnhinweise" in der Stadt plakatiert.

Protestnote

Greenpeace begleitete mit ihrem Aktions- und Ausstellungsschiff "Beluga" die Jacksonville in den Hafen. Von einer direkten Aktion gegen das U-Boot wurde abgesehen, um keine Gefahrensituation herbeizuführen. Stattdessen wurde gegen die Anwesenheit nuklear angetriebener U-Boote in deutschen Häfen demonstriert. Dem Kommandanten der "Jacksonville" wurde eine Protestnote für das "Verbot von Atomreaktoren auf See" übergeben: "Ihrer militärischen Funktion im Sinne der nuklearen Abschreckung beraubt, sind die nuklear angetriebenen Kriegsschiffe außerdem kostspielig und ihr Betrieb erzeugt langlebigen, hochradioaktiven Abfall. Wie die Unfallstatistiken beweisen, ist die Gefahr, daß die Schiffreaktoren auf dem Meeresgrund landen, groß", heißt es in der Protestnote, die sich gegen alle heute operierenden knapp 300 Schiffe (mit ca. 450 Reaktoren) richtet.

Ratsbeschluß

Seit 1983 existiert ein Ratsbeschluß der Stadt Wilhelmshaven, der nuklear angetriebene Schiffe und Massenvernichtungswaffen an Bord im Wilhelmshavener Hafen verbietet. Maßgeblich beteiligt an dem Beschluß war die SPD, unter anderem Oberbürgermeister Menzel, der die Jacksonville voller Begeisterung besichtigte und herzlich willkommen hieß. Zum krönenden Abschluß rüstete er das Atom-U-Boot auch noch mit einer weiteren Waffe auf: einem Wilhelmshaven-Video.

"Ich würde gern mal wiederkommen, vielleicht klappt es ja", so John Yarbro, Commander der "USS Jacksonville", gegenüber der "WZ". Herzlich Willkommen, Herr Yarbo, aber bitte ohne Atomreaktor. ❑

Nachrichten

ERINNERN SIE SICH NOCH?

Im letzten Jahr gab Thorsten de Vries eine Erklärung ab, in der er dem Faschismus abschwor. Diese Erklärung war ausschlaggebend dafür, daß seine Freiheitsstrafe verkürzt und in eine Freilassung auf Bewährung umgewandelt wurde (Die in der letzten Woche gegen de Vries verhängte Strafe hat damit nichts zu tun). Alle diejenigen, die de Vries kannten, haben sich damals darüber kaputtgelacht, daß ein Richter solchen Worten aus de Vries' Mund Glauben schenkt.

Im August 1995 tauchte der 'geläuterte' Thorsten de Vries beim Hess-Gedenkmarsch im dänischen Roskilde wieder auf.

In Dänemark kann er es sich ja erlauben: Über dem Totenkopf mit gekreuzten Schwertern steht „SS-Totenkopf". *Foto: Antifaschistisches Info-Blatt, Berlin*

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT
Dem Hass keine Chance

NATURATA
Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren
Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren
Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

FAST WIE EIN KRIMI

DER SCHNELLE WEG INS PFLEGEHEIM

(noa) Bis zum Juli dieses Jahres lebte die jetzt knapp 85jährige Magda A. allein in ihrer Wohnung. Ihre Nichte Margret R. besuchte sie täglich, verrichtete die Hausarbeiten, die die alte Dame nicht mehr alleine schaffte, führte sie spazieren, kaufte für sie ein, erledigte alle finanziellen Transaktionen für sie.

Nach einem Sturz im Oktober letzten Jahres sah es so aus, als müßte die alte Dame nun doch in ein Pflegeheim, doch die Nichte schaffte es in Zusammenarbeit mit einem mobilen Hilfsdienst und einer von ihr engagierten Pflegerin, ihre Tante wieder so weit aufzubauen und zu aktivieren, daß sie schließlich sogar wieder zu kurzen Spaziergängen allein das Haus verlassen konnte. Bis zum Juli...

An einem Donnerstag im Juli begann dann eine Geschichte, die sich fast wie ein Krimi anhört: Frau R. war wie täglich bei ihrer Tante Magda. Nach dem Essen „stylte" sie die alte Dame für ihren Spaziergang und ging dann um 15 Uhr in ihre eigene Wohnung. Für 16.45 Uhr hatte sie den ersten Besuch einer neuen Pflegerin, die sie nach dem Wegzug ihrer bisherigen Hilfe eben engagiert hatte, verabredet. Doch diese Pflegekraft kam in diesem neuen Job nie zum Zuge. Sie traf die alte Dame nicht zu Hause an.

In der kurzen Zeit zwischen 15 Uhr und 16.45 Uhr nämlich war die Tante von drei Damen aus der Wohnung geholt worden, von denen sie eine als Mitarbeiterin des Besuchsdienstes der Stadt kannte. Die beiden anderen Damen waren Frau M., die Inhaberin eines privaten Seniorenpflegezentrums, und eine ihrer Mitarbeiterinnen. Als Frau R. am frühen Abend die Wohnung ihrer Tante wieder betrat, fand sie lediglich einen handgeschriebenen Zettel vor. „Sehr verehrte Frau R.", las sie, „hiermit teile ich Ihnen mit, daß sich Frau A. in unserem Hause befindet. Wir haben bereits über die Stadt das Vormundschaftsgericht eingeschaltet. Alles weitere werden Sie über die Altenhilfe erfahren können..."

Nun konnte sich Frau R. nicht vorstellen, wie das zugegangen sein konnte. Tante Magda konnte zwar mit ihrer täglichen Hilfe noch allein wohnen, aber daß sie ohne Wissen ihrer Nichte und hinter deren Rükken ihre Übersiedlung in ein Pflegeheim vorbereitet und organisiert hat, dazu war die alte Dame dann doch schon zu tüddelig. Frau R.'s einzige Erklärung: Das war eine Entführung!

Sie fuhr äußerst erregt zu der auf dem Zettel angegebenen Adresse, um ihre Tante zu suchen. Diese saß denn auch in dem Pflegeheim im Kreise anderer älterer Herrschaften. Es galang Frau R. jedoch nicht, ihre Tante wieder nach Hause zu bringen. Sie wurde von den anwesenden Pflegekräften zurückgehalten. Von irgendwo aus dem Haus hörte sie eine Stimme, die, wie sie später erfuhr, Frau M., der Inhaberin des Pflegeheims gehörte: „Schmeißt sie raus! Wartet, ich hole die Polizei!"

„Ich habe Frau M. selber nie kennengelernt", sagt Frau R. „Auch als die Polizei kam, ließ sie sich nicht blicken. Stattdessen sagten ihre Mitarbeiterinnen aus, ich hätte eine von ihren verprügelt." Tante M. erklärte den Beamten, sie sei für drei Tage zur Probe im Heim. Frau R. flog aus dem Haus und bekam auch Hausverbot. Ein direkter Kontakt zu ihrer Tante Madga war ihr damit nicht mehr möglich.

Die nächste Nachricht über Tante Magda war die Fotokopie eines von der Heimleiterin Frau M. von Hand geschriebenen und von Tante Magda unterschriebenen Antrages an das Amtsgericht: „Sehr geehrte Herren, hiermit beantrage ich für mich eine Betreuung durch das Amtsgericht Wilhelmshaven. Eile ist geboten, da ich über meine finanziellen Einkünfte etc. Auskunft haben möchte, die mir meine Nichte, die zur Zeit Vollmacht hat, verweigert. Ich bitte um den Besuch einer zuständigen Amtsperson. Meine derzeitige Adresse..."

Als Frau R., die schon seit 1993 für ihre Tante die Miete, Versicherungen etc. zu zahlen gewohnt war, am 11. Juli versuchte, Geld vom Konto der alten Dame zu holen, bekam sie den Bescheid, daß die EC-Karte ungültig sei. Die wollen an Tantes Geld, war ihr Verdacht, und so wandte sie sich an einen Anwalt. Dessen Rat, unbedingt den Kontakt zu ihrer Tante zu halten, war nun gar nicht so leicht zu befolgen, da sie das Seniorenpflegezentrum ja nicht betreten durfte.

Über gemeinsame Bekannte und Verwandte erfuhr Frau R. in der Folgezeit wenigstens, wie es ihrer Tante ging. So hörte sie z.B., daß ihre Tante zunächst kein Zimmer hatte. Sie schlief in einem anderen Haus um die Ecke und hielt sich nur tagsüber im Pflegezentrum auf. Nach einigen Tagen konnte sie das Zimmer einer anderen Dame beziehen, die ihrerseits in das andere Haus gebracht wurde und kurz danach verstarb. Von einem alten Schulfreund der alten Dame erfuhr sie Frau R., daß Magda A. nicht im Pflegeheim bleiben wollte. Um auf eigene Faust das Heim zu verlassen und in ihre Wohnung zurückzukehren, dazu war die alte Dame aufgrund ihrer Verwirrtheit nicht in der Lage, und ihre Schlüssel hielt die Heimleiterin unter Verschluß.

Als Frau R. ihre Tante Ende Juli zufällig in der Nähe des Pflegeheims in Begleitung der Dame vom Besuchsdienst traf, berichtete sie

ihr, daß sie einen Anwalt eingeschaltet habe, um ihr die Heimkehr zu ermöglichen. „Die haben hier aber auch einen guten Anwalt", war die Antwort ihrer Tante.

Dies war der vorerst letzte direkte Kontakt zwischen Tante und Nichte. Frau R. sah die alte Dame erst Ende Oktober im Krankenhaus wieder. Frau A. war gestürzt und hatte einen Schädelbruch erlitten. Das Pflegezentrum hatte ihr, der nächsten Angehörigen der Kranken, nichts darüber mitgeteilt; sie hatte zufällig von einer Nachbarin erfahren, daß ihre Tante schon fast drei Wochen stationär behandelt wurde.

Nach Abschluß der Krankenhausbehandlung konnte Frau R. ihre alte Tante nach Hause holen. Jetzt war Frau A. tatsächlich ein Pflegefall. Sie kann gar nichts mehr allein machen. Mittlerweile ist sie in dem neuen Pflegeheim in Friedeburg untergebracht.

Frau R. und den anderen Verwandten von Frau A. bleibt jetzt noch die Räumung der nicht mehr benötigten Wohnung überlassen. Mit dem Geld von Frau A. haben sie nichts mehr zu tun, das erledigt jetzt der vom Gericht bestellte Betreuer. Sie sind erleichtert, daß die alte Tante jetzt ihre Ruhe hat. Eine Dokumentation über den ganzen Vorgang haben sie dem Oberstadtdirektor, dem Sozialminister und dem Amtsgericht übergeben.

Leserbriefe

DER CHEF ANTWORTET...

Lieber Gegenwind,

natürlich braucht eine Sail auch 'RÜCKENWIND'. Wie Euch aber bekannt sein sollte, hat allein Bremerhaven mit der vorletzten Sail 300.000 DM und mit der letzten Sail fast eine halbe Million Gewinn gemacht. Das bedeutet, daß die Sail keine millionenteure Veranstaltung ist, sondern daß sich mittlerweile alle europäischen Hafenstädte um diese gewinnbringende Veranstaltung reißen.

Also, liebe GEGENWIND-Redakteure. Es lohnt sich, künftig auch einmal unters Wasser zu schauen, um bei der Recherche fündig zu werden.

Michael Konken
Leiter des Referates für
Presse & Stadtmarketing

Hoppla, werden jetzt sicher unsere StammleserInnen sagen, den Leserbrief kennen wir doch schon aus der letzten Ausgabe des GEGENWIND. Sehr richtig! Nur in der letzten Ausgabe beantwortete die Redaktion den Leserbrief mit dem Hinweis auf entsprechende Presseberichte, die von großen Verlusten bei den Sailveranstaltern sprachen. Doch in dieser Ausgabe gibt Michael Konkens Chef selbst die Antwort.

„Angesichts der dramatischen Entwicklungen der städtischen Finanzen kann ich ein solches Projekt nicht mehr verantworten. Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht, zumal die Bewerbung um die 'Sail' meine Idee war. Ich kann nicht hinnehmen, daß den Menschen in der Stadt schwere Belastungen auferlegt werden, und gleichzeitig eine Großveranstaltung mit einem Kostenrisiko von bis zu zwei Millionen Mark geplant werde."

Arno Schreiber
Oberstadtdirektor
der Stadt Wilhelmshaven

(Diese Aussage des Oberstadtdirektors wurde der WZ vom 8.11.95 entnommen und von der Redaktion in die wörtliche Rede gesetzt)

Zum Artikel "Opfer einer Gesetzeslücke", GEGENWIND 130

KEIN RANDDASEIN

In dem Artikel zur damals anstehenden Auflösung der Pro-Familia-Beratungsstelle fanden wir vom Caritasverband als eine weitere Wilhelmshavener Beratungsstelle bei Fragen und Problemen in Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt nur am Rande Erwähnung.

Daß wir jedoch keineswegs ein "Randdasein" führen, zeigt der seit 1988 kontinuierliche Zuwachs an Klientinnen aus dem Stadtgebiet von Wilhelmshaven und aus den ländlichen Regionen Frieslands. Die steigenden Fallzahlen weisen unzweifelhaft darauf hin, daß die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung des Caritasverbandes als eine staatlich anerkannte und somit neben der Pro Familia-Einrichtung gleichberechtigte Beratungsstelle schon lange Fuß gefaßt hat im vielfältigen Beratungsspektrum der hiesigen Region und sich ganz offensichtlich einer großen Akzeptanz in der Bevölkerung erfreut.

Leider fehlen auch uns Zuschüsse von der Stadt und vom Landkreis, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und eine dringend notwendige personelle Erweiterung der Beratungsstelle durchführen zu können. Bei nur einer Vollzeitstelle - die sich zwei Beraterinnen teilen - gegenüber allein 322 Erstkontakten im Jahr 1994, von denen wiederum 60% der durchgeführten Beratungen eine längerfristige Begleitung der Schwangeren erforderlich machten, ergeben sich für die Klientinnen ungute Wartezeiten, obwohl in § 6 (1) Schwangerschaftskonfliktgesetz ausdrücklich verfügt ist, daß "eine ratsuchende Schwangere ... unverzüglich zu beraten" ist. Darüberhinaus haben wir bei den vielen Anfragen ratsuchender schwangerer Frauen oft damit zu kämpfen, unserem Anspruch von umfassender Beratungs- und Sozialarbeit gerecht zu werden.

Dennoch wünschen wir uns mehr Spielraum für wichtige Öffentlichkeitsarbeit sowie aufklärende Schulklassenarbeit, um unsere Arbeit noch mehr ins Bewußtsein zu rufen und effektiver zu gestalten.

Angelika Koke-Barkam
Lisa Dierßen
(Beraterinnen in der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung des Caritasverbandes)

Zum Auftritt des Oberbürgermeisters am 9. November auf dem Synagogenplatz

"Ist dem OB Menzel eigentlich bewußt gewesen, auf welcher Veranstaltung er gesprochen hat?"

Am 9. November hatte ich mich neben einigen - leider viel zu wenigen - MitbürgerInnen auf dem Synagogenplatz eingefunden, um den Opfern des nationalsozialistischen Regimes in der Reichskristallnacht mit Besonnenheit zu gedenken. Es sprachen an diesem Tag eine Vertreterin der DGB-Jugend, eine Vertreterin des Antifaschistischen Bündnisses (AFB) Wilhelmshaven und letztlich der OB Menzel.

Als die Reden beendet schienen, kehrte bei den Anwesenden Nachdenklichkeit und Betroffenheit ein. Doch direkt im Anschluß an seine Rede stellte der OB Teile der Beiträge seiner Vorrednerin, aber auch die antifaschistischen Aktivitäten in Frage. Besonders störte ihn die Aussage: "Führende Persönlichkeiten dieser Stadt müssen sich vorwerfen lassen, geschäftlich mit Vertretern der faschistischen Szene zu verkehren." Menzel verlautbarte aufgeregt über den noch eingeschalteten Verstärker, er würde diejenigen polizeilich anzeigen, welche behaupten, er (der OB) hätte Kontakte zu Rechtsradikalen. Das rief in mir Entsetzen hervor, deshalb, weil der OB scheinbar keine Möglichkeit ausläßt, selbst auf einer Gedenkveranstaltung, angebliche Vorwürfe gegen ihn aus der Welt zu schaffen.

Entsetzen auch, wie wenig Wert er seiner eigenen Gedenkrede beimißt. Bei mir hat sich der Eindruck verfestigt, daß sein Erscheinen und seine Rede nur eine Repräsentationspflicht waren, nicht aber von ehrlicher Anteilnahme und Trauer zeugten. Sonst hätte unser amtierender OB, der sich bisher öffentlich gegen Rechtsradikalismus aussprach, sich an diesem Tag auf dem Synagogenplatz dem Anlaß angemessen verhalten ...

Jörg Knipper

Anm. d. Red.: Direkt im Anschluß an die Veranstaltung wurde der OB darauf angesprochen, warum er sich den genannten Vorwurf "angezogen" hat. Es war Bauunternehmer (und Ratsmitglied) Bernhard Rech, der sich öffentlich in der WZ zu solchen Geschäften bekannt hatte. Einige Tage später hat sich Menzel persönlich für seinen "Ausfall" entschuldigt.

Bistro & Musikcafé
Saxophon
26384 Wilhelmshaven
Gökerstraße 95
Telefon (0 44 21) 3 78 59
Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefstpreis!

DIESEL ODER WASSER?

BETA-CHEF LEIMTE ALTERNATIVZEITUNG

(fi) So lautete die Überschrift eines Artikels im Jeverschen Wochenblatt vom 18. November. Der Ölbaas der Beta-Raffinerie im Norden von Schlicktau, Johan Anton van Weelden, hatte zum fünfjährigen Bestehen eben dieser diverse Gäste zum Umtrunk geladen. Als Gastgeber galt es, diese auch zu unterhalten.

So vertellte er in diesem erlauchtem Kreis, wie er die „allzeit skeptischen und stets beinhart recherierenden Freizeitredakteure des Gegenwind" unlängst mal kräftig aufs Kreuz gelegt hätte.

Wie hatte er solches nur geschafft?

Van Weelden, stets bereit, unserem Alternativblatt ein Interview zu geben, hatte während eines Gesprächs über sein selbst erfundenes Autogesöff (siehe Gegenwind 130) demonstrieren wollen, wie ungiftig dieser v.W.-Treibstoff sei. Zum Beweis setzte er (so zitiert das Wochenblatt den Gegenwind) „eines der bereitgestellten Ölgefäße demonstrativ an die Lippen und lenzte es in genießerischen Zügen bis auf den Grund. Beim Absetzen unterzog er das Behältnis noch eines gefälligen Blickes, bevor er es mit einem kennerischen „Heel lekker" wieder auf den Tisch stellte". Ungläubig staunten die Freizeitjournalisten, so merkte er an.

Und in der Tat, sie waren erstaunt - aber auch erwartungs"froh". Was würde jetzt passieren? Würde des Ölprinzen Gesicht grünblau anlaufen? Würde Atemnot eintreten oder dieser fluchtartig den Raum verlassen, um sich an einem gewissen Örtchen zu übergeben oder zu versuchen, das Zeug auf „unterer Ebene" fix und verdünnt wieder loszuwerden? Nichts geschah! Nun ist ja bekannt, daß Penner mitunter auch Brennspiritus trinken, ohne offensichtlich Schaden zu nehmen. So könnte es ja - so dachten sich die Redakteure - auch Mitbürger des „Mama"-Barden Heintje geben, bei denen der Transportweg vom Hals bis zum A.... durch ständigem Genevergenuß so präpariert ist, daß sie jeden Sch... unbeschadet schlucken können?

Als dann aber auch späterer Leibesschaden auszubleiben schien - den Gegenwindlern wäre in den folgenden Tagen eine schwarzumrandete „Meldung" auf den letzten Seiten der Tageszeitung sicher aufgefallen - glaubten sie ihm: "Nichts drin im van Weelden-Diesel; nicht einmal Gift".

Doch da habe der smarte Holländer - wie er "halb verschämt, halb amüsiert" bei der Fete zugab, ein wenig geschwindelt. „Ich habe Wasser in das Glas gefüllt und nur den Rand und das Äußere des Glases mit Diesel eingerieben", verriet er seinen Zuhörern.

Nun gut! Nehmen wir an, van Weeldens Gesprächspartner waren damals sehschwach und geruchsgestört. Nehmen wir weiter an, daß der Gegenwindfotograf, der Tage nach dem Gespräch die Fotos schoß, „zur Tatzeit" blind und ohne Geruchssinn war. Dann, ja dann konnte „der schlitzohrige Manager" Redakteure und Fotografen mit seinem Flaschentrick in die Dieselfalle laufen lassen.

Andererseits mal angenommen, dieses angeblich „dieselsaufende Energiebündel" hat sein Eigenprodukt wirklich eingenommen, und sein tapferes Schlucken wurde durch den Gegenwind-Artikel in die breite Öffentlichkeit getragen. Immerhin erhielten über 5.000 Leser und Leserinnen Kenntnis von seinem Tun. Vielleicht ist ihm im nachhinein dann eingegangen, daß dies wohl doch nicht grade die beste Werbung für seinen Sprit sei. Ein Dementi aber, das sowohl die Fetencrew in beste Laune versetzt als auch noch eine zweispaltige kostenlose Werbung einbringt - was hätte ihm jetzt als Ausrede besseres einfallen können. Wir halten deshalb seine „Offenbarung" im Jeverschen Wochenblatt doch für eine Ente. Sollte es denn aber doch ein van Weelden'scher Trick gewesen sein, so war es ein ganz clever gemachter.

Doch wir werden nächstens mal genau seine Beine betrachten. Ob sie wohl kürzer geworden sind?

Aber selbst wenn v. W. uns wirklich geleimt hat, böse sind wir ihm schon gar nicht. Im Gegenteil! Bekamen doch durch diesen Artikel viele, viele tausend Leser/innen des Jeverschen Wochenblatts mit, daß es in Wilhelmshaven eine alternative Zeitung namens GEGENWIND gibt. Die Wilhelmshavener sind da schlechter dran: Ihre Zeitung weiß noch immer nichts von der Existenz dieses Blattes. ❑

Schlitzohr van Weelden setzt zum historischen Schluck an Foto: Tunnat

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr
METROPOL
im Pumpwerk
Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke, Tel. 04421-43660